

Die wirtschaftliche Lage Bayerns im Jahr 2006

Dr. Franz Kohlhuber

Die bayerische Wirtschaft ist im Jahr 2006 so kräftig gewachsen wie seit Jahren nicht mehr. Den vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ Ende März 2007 vorgelegten Berechnungen zufolge hat sich das Bruttoinlandsprodukt in Bayern preisbereinigt um 2,8% erhöht, im Jahr zuvor war noch ein recht bescheidener Zuwachs von 0,9% gemessen worden. In ganz Deutschland war 2006 eine deutliche Konjunkturbelebung zu registrieren gewesen, die sich in einem Wirtschaftswachstum von 2,7% niederschlug. Davon profitierte auch der Arbeitsmarkt, indem die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern um 0,8% und in ganz Deutschland um 0,7% zunahm, während die Zahl der Erwerbslosen deutlich zurückging. Getragen wurde der Aufschwung vor allem vom Produzierenden Gewerbe, dessen Bruttowertschöpfung sich preisbereinigt um 6,1% erhöhte sowie erstmals seit langem auch wieder vom Baugewerbe (+5,1%). Die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen blieb mit einem Anstieg von 1,0% erneut hinter der Arbeitsproduktivität zurück, so dass die Lohnstückkosten weiter sanken und um nun sogar 4,3% niedriger lagen als vor zehn Jahren. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, welches sich aus den Nettoerwerbs- und Vermögenseinkommen und den so genannten Transferleistungen des Staates und der Sozialversicherungssysteme zusammensetzt, erhöhte sich 2006 in Bayern um 2,2% bzw. je Einwohner um 1,9%.

Wirtschaftsimpulse in Deutschland 2006 aus dem In- und Ausland

Den Berechnungen des Statistischen Bundesamts zufolge erreichte das Wirtschaftswachstum, dargestellt an der preisbereinigten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, in Deutschland 2006, ein hohes Niveau von 2,7%. Dabei beruhte die wirtschaftliche Belebung in starkem Maße auf Wachstumsimpulsen aus dem Inland. In den Vorjahren hatte sich die Wirtschaftsentwicklung fast ausschließlich auf den Außenbeitrag bzw. den Export gestützt. Im Jahr 2006 steuerte die inländische Verwendung hingegen wieder einen stattlichen Beitrag zum Wachstum bei. Die Konsumausgaben erhöhten sich preisbereinigt um 1,0% und die Bruttoinvestitionen sogar um 4,5%. Beide Aggregate lieferten zusammen etwa 1,5 Wachstumspunkte, mehr als der Außenbeitrag mit entsprechenden 1,1 Punkten. Letzterer ist vor dem Hintergrund eines außerordentlich starken Anstiegs sowohl der Exporte um 12,5% als auch der Importe um 11,1% zu sehen.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde 2006 von etwas mehr als 39,1 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren 283 000 Personen mehr als im Jahr zuvor (+0,7%). Die Zahl der Erwerbslosen (gemäß internationaler Abgrenzung¹) ging zugleich gegenüber dem Vorjahr um 464 000 auf 3,4 Millio-

nen Personen zurück (-11,9%). Auch der Arbeitsmarkt profitierte also spürbar vom Konjunkturaufschwung.

Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt auf seiner Entstehungsseite, so zeigt sich, dass von den großen Hauptbereichen der Wirtschaft vor allem das Verarbeitende Gewerbe auch 2006 wieder ausschlaggebend für die konjunkturelle Belebung war. Die Bruttowertschöpfung erhöhte sich hier preisbereinigt um 5,5% und damit weitaus stärker als im Dienstleistungssektor, wo ein Zuwachs von 1,8% erzielt wurde. Auch das Baugewerbe wartete erstmals seit über zehn Jahren wieder mit einem kräftigen Plus von 4,6% auf, nachdem ein bereits seit 1994 anhaltender Schrumpfungsprozess zu einer Abnahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um über 30% bis zum Jahr 2005 geführt hatte.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung Bayerns

Die Durchführung der Regionalen (Volkswirtschaftlichen) Gesamtrechnungen ist in Deutschland im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder organisiert. Die Statistischen Ämter der sechzehn Bundesländer erarbeiten in enger Zusammenarbeit innerhalb eines eigenen Gremiums, in

¹ Abgrenzung der Erwerbslosen gemäß Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Bruttoinlandsprodukt 2006 nach Bundesländern

Tab. 1

Land	Bruttoinlands- produkt 2006	Anteil an Deutschland	Veränderung				
			2006 gegenüber 2005		2006 gegenüber 1996		
			in jeweiligen Preisen		preisbereinigt	in jew. Preisen	preisbereinigt
			Mrd. €	%			
Baden-Württemberg	337,1	14,6	3,4	3,5	26,6	19,6	
Bayern	409,5	17,7	2,8	2,8	31,5	27,5	
Berlin	80,6	3,5	2,2	1,9	2,4	-5,3	
Brandenburg	49,5	2,1	3,0	1,9	24,1	14,2	
Bremen	25,3	1,1	3,0	2,4	24,4	16,4	
Hamburg	86,2	3,7	3,9	3,1	30,1	16,4	
Hessen	204,3	8,9	1,8	2,1	22,4	14,5	
Mecklenburg-Vorpommern	32,5	1,4	2,6	2,0	14,6	8,5	
Niedersachsen	197,1	8,5	3,0	2,6	21,1	13,3	
Nordrhein-Westfalen	501,7	21,7	3,0	2,4	19,5	11,7	
Rheinland-Pfalz	100,7	4,4	3,0	2,7	20,8	14,6	
Saarland	28,0	1,2	2,2	1,6	23,1	20,0	
Sachsen	88,7	3,8	4,2	4,0	22,2	16,0	
Sachsen-Anhalt	50,1	2,2	4,0	3,0	25,0	15,4	
Schleswig-Holstein	69,9	3,0	1,9	1,9	15,9	10,7	
Thüringen	46,0	2,0	3,4	3,1	26,8	20,9	
Deutschland	2 307,2	100,0	3,0	2,7	23,0	15,9	
darunter							
Alte Bundesländer							
ohne Berlin	1 959,7	84,9	2,9	2,7	24,0	17,1	
einschl. Berlin	2 040,4	88,4	2,9	2,6	23,0	16,0	
Neue Bundesländer							
ohne Berlin	266,8	11,6	3,6	3,0	22,8	15,4	
einschl. Berlin	347,5	15,1	3,3	2,8	17,4	9,9	

dem das Statistische Bundesamt sowie die Stadt Frankfurt/Main als Vertreterin der Städtestatistik auch beratend mitwirken, alle regionalen Gesamtergebnisse für Länder und Kreise. Dabei werden zur Entstehungsrechnung bereits kurze Zeit nach dem Ablauf eines Berichtsjahres (Anfang Februar) erste vorläufige Daten für Bundesländer vorgelegt. Allerdings wird diese noch auf relativ lückenhafter Datenbasis beruhende „Ex-Post-Prognose“ bis Ende März überarbeitet und auf Grundlage einer größeren statistischer Informationsbasis korrigiert bzw. konkretisiert.

Dem Trend in ganz Deutschland entsprechend war 2006 auch in Bayern ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung zu verzeichnen. Nachdem im Vorjahr mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 0,9% noch eine recht schwache Konjunktur das Bild bestimmte, legte die bayerische Wirtschaft 2006 mit einem Plus von 2,8% das kräftigste Wachstum seit sechs Jahren vor. Letztmalig war dieser Wert im Jahr 2000 sowie in den beiden Jahren davor übertroffen worden. Damit hat sich Bayern unter den sechzehn deutschen Bundesländern im Vorjahresvergleich im vorderen Mittelfeld positioniert – nach Sachsen, Baden-Württemberg, Hamburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt, die 2006 sogar noch höhere Wachstumsraten zu verzeichnen hatten. Bei längerfristiger Betrachtung zeigt sich die herausragende Stellung der bayerischen Wirtschaft noch deutlicher – hier nimmt Bayern sogar die un-

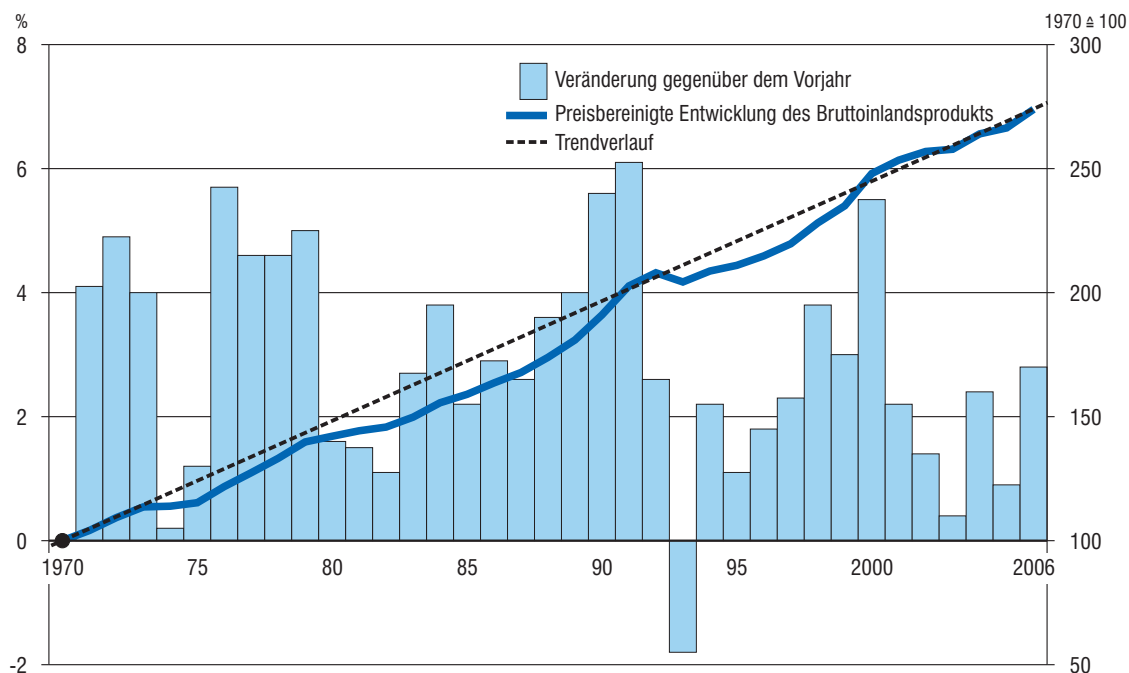
angefochtene Spitzenposition ein. So wuchs die Wirtschaftsleistung in Bayern in den letzten zehn Jahren preisbereinigt mit 27,5% - das sind jahresdurchschnittlich knapp 2,5% - ungleich kräftiger als in jedem anderen Bundesland. Nach Bayern folgen Thüringen, Saarland und Baden-Württemberg mit jeweils rund 20% auf den weiteren Plätzen. Eine wirtschaftliche Sonderstellung nimmt die deutsche Bundeshauptstadt Berlin ein, deren Wirtschaftsleistung trotz 1,9%-iger Zunahme in 2006 immer noch um 5,3% hinter dem Stand von 1996 zurückblieb.

In Anlehnung an die revidierten Länderergebnisse für den Zeitraum 1991 bis 2006 wurde inzwischen eine Rückrechnung der Datenreihen für die Länder des früheren Bundesgebiets bis zum Jahr 1970 abgeschlossen, so dass sich dort für die zentralen Kennziffern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen inzwischen durchgängige Zeitreihen über 36 Jahre darstellen lassen.²

Für Bayern zeigt der langfristige Vergleich der Entwicklungsdaten des Bruttoinlandsprodukts nicht mehr das klassische Muster der Konjunkturzyklen auf. Die Wirtschaftsentwicklung ist vielmehr von ausgeprägten Schwankungen geprägt, die von

² Dies gilt für die wichtigsten Aggregate der Entstehungs- und Verwendungsrechnung sowie für Erwerbstätige und Arbeitnehmer. Die Verteilungs- und Umverteilungsaggregate „Primäreinkommen“ und „Verfügbares Einkommen“ des Sektors Private Haushalte konnten nur bis 1980 zurückgerechnet werden.

Abb. 1 Preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Bayern 1970 bis 2006



einem höchsten Ausschlag von +6,1% im Jahr 1991 sowie Zunahmen von etwa 5 ½% in den Jahren 1976, 1990 und 2000 bis hin zu einem Rückgang von 1,8% im Jahr 1993 reichen. In den 70er und 80er Jahren verlief die Entwicklung grundsätzlich auf etwas höherem Niveau als in den Jahren danach. Sieht man von den Rezessionsphasen Mitte der 70er und eingangs der 80er Jahre ab, so bewegte sich die jährliche wirtschaftliche Expansion seit 1970 innerhalb eines Korridors von etwa zwei bis fünf Prozent. Seit der tiefen Rezession 1993 blieben die Zuwachsraten zumeist etwas niedriger als früher, außerdem stellt sich die Entwicklung etwas instabiler dar. Dabei fällt auf, dass die wirtschaftliche Entwicklung – bei tendenzieller Verringerung der relativen Zuwächse – relativ dicht entlang eines (imaginären) linearen Trends verlief.³

Bewegung auch auf dem Arbeitsmarkt

Im Durchschnitt des Jahres 2006 gab es in Bayern rund 6,41 Millionen Erwerbstätige, etwa 54 000 mehr als im Vorjahr. Damit hat sich der Anstieg der Erwerbstätigenzahl drei Jahre in Folge beschleunigt. 2004 gegenüber 2003 betrug die Zunahme noch 0,2%, 2005 gegenüber 2004 waren es 0,4% und 2006 gegenüber 2005 schließlich sogar 0,8%. Zusammen entspricht dies binnen dreier Jahre einem Zuwachs um rund 92 000 Arbeitsplätze. Bundesweit erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2006 mit 0,7% gegenüber dem Vorjahr ebenfalls spürbar. Allerdings war sie im

Jahr davor leicht zurückgegangen (-0,1%). Über die letzten zehn Jahre hinweg betrachtet verzeichnete der Freistaat eine positive Arbeitsmarktbilanz. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich seit 1996 von 5,98 auf 6,41 Millionen Personen, was einer Zunahme von etwa 432 000 Arbeitsplätzen entspricht (+7,2%).

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden, die ein Erwerbstätiger in Bayern im Jahr 2006 leistete, lag mit 1 435 etwa ebenso hoch wie im Bundesdurchschnitt (1 436). Dabei sind die Arbeitszeiten der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich strukturell bedingt allgemein etwas kürzer als im produzierenden Gewerbe oder in der Land- und Forstwirtschaft zu veranschlagen. Ursächlich hierfür ist der in weiten Teilen des Dienstleistungssektors höhere Anteil an Teilzeitkräften und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Das gesamte Arbeitsvolumen, das die Erwerbstätigen in Bayern in den volkswirtschaftlichen Produktionsprozess einbrachten, belief sich im Jahr 2006 auf 9,2 Milliarden Arbeitsstunden.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Wie die Daten zur Bruttowertschöpfung zeigen, hatten 2006 in Bayern nahezu alle großen Hauptbereiche der Wirtschaft einen

³ Dies bedeutet, dass sich das wirtschaftliche Leistungsvolumen – langfristig betrachtet – jährlich um einen bestimmten, tendenziell gleich bleibenden Absolutbetrag erhöhte. Gleichbleibende prozentuale Wachstumsraten würden demgegenüber zu einem exponentiellen Trend führen.

Erwerbstätigkeit 2006 nach Bundesländern

Land	Erwerbstätige	Anteil an Deutschland	Veränderung		Arbeitsvolumen (Geleistete Arbeitsstunden)	
			2006 gegenüber		2006	
	2006	2005	1996	2006	Mill.	je Erwerbstätigen
	1000	%				
Baden-Württemberg	5 438,0	13,9	0,7	7,8	7 695,4	1 415
Bayern	6 408,5	16,4	0,8	7,2	9 199,0	1 435
Berlin	1 568,3	4,0	1,6	- 1,8	2 347,2	1 497
Brandenburg	1 014,7	2,6	0,6	- 5,5	1 538,9	1 517
Bremen	385,6	1,0	1,2	1,4	542,9	1 408
Hamburg	1 062,1	2,7	1,4	5,7	1 569,0	1 477
Hessen	3 043,3	7,8	0,5	4,6	4 441,5	1 459
Mecklenburg-Vorpommern	710,9	1,8	0,5	- 7,4	1 064,3	1 497
Niedersachsen	3 555,7	9,1	0,6	6,3	5 006,7	1 408
Nordrhein-Westfalen	8 474,4	21,7	0,6	7,5	11 877,2	1 402
Rheinland-Pfalz	1 797,0	4,6	1,0	7,8	2 517,8	1 401
Saarland	508,1	1,3	0,2	6,9	713,0	1 403
Sachsen	1 906,2	4,9	0,7	- 4,9	2 865,2	1 503
Sachsen-Anhalt	994,2	2,5	0,6	-11,2	1 498,0	1 507
Schleswig-Holstein	1 236,0	3,2	1,0	2,9	1 758,4	1 423
Thüringen	1 003,1	2,6	0,1	- 3,8	1 517,8	1 513
Deutschland	39 106,0	100,0	0,7	4,3	56 152,3	1 436
darunter						
Alte Bundesländer						
ohne Berlin	31 908,7	81,6	0,7	6,7	45 320,9	1 420
einschl. Berlin	33 477,0	85,6	0,8	6,3	47 668,2	1 424
Neue Bundesländer						
ohne Berlin	5 629,0	14,4	0,5	- 6,3	8 484,1	1 507
einschl. Berlin	7 197,3	18,4	0,8	- 5,4	10 831,4	1 505

Tab. 2

mehr oder minder kräftigen Leistungsanstieg vorzuweisen. Neben dem Verarbeitenden Gewerbe, das mit einem preisbereinigten Plus von 6,1% aufwarten konnte, legte auch das bis 2005 noch stark von Produktionseinbußen betroffene Baugewerbe erheblich an Leistung zu (+5,1%). So wurde im Produzierenden Gewerbe insgesamt eine um 5,6% höhere Wertschöpfung erzielt als im Vorjahr. Im Dienstleistungssektor blieb das Wachstum 2006 insgesamt relativ verhalten und erreichte

gerade mal preisbereinigt 1,6%. Dabei erreichte das Plus im „Handel und Verkehr“ 2,2%, im Bereich „Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister“ 1,7% und bei den „öffentlichen und privaten Dienstleistern“ 0,9%. In der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Fischerei, wurde preisbereinigt ein um 2,9% geringeres Ergebnis als im Vorjahr erwirtschaftet.

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in Bayern

Jahr	Ins-gesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			zu-sammen	Dienstleistungsbereiche			
			zu-sammen	darunter			zu-sammen	davon		
				Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe			Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Millionen Euro										
1996	281 712	4 342	91 692	70 462	15 070	185 678	47 320	79 770	58 588	
2005	359 596	3 980	110 205	90 856	14 142	245 411	57 839	113 449	74 123	
2006	368 978	4 013	115 084	94 557	14 872	249 881	59 519	115 500	74 862	
Anteil an der Gesamtwirtschaft (Summe der Bereiche) in %										
1996	100,0	1,5	32,5	25,0	5,3	65,9	16,8	28,3	20,8	
2005	100,0	1,1	30,6	25,3	3,9	68,2	16,1	31,5	20,6	
2006	100,0	1,1	31,2	25,6	4,0	67,7	16,1	31,3	20,3	
Veränderung in %										
2006 ggü. 2005	2,6	0,8	4,4	4,1	5,2	1,8	2,9	1,8	1,0	
2006 ggü. 1996	31,0	-7,6	25,5	34,2	-1,3	34,6	25,8	44,8	27,8	
Veränderung preisbereinigt in %										
2006 ggü. 2005	2,8	-2,9	5,6	6,1	5,1	1,6	2,2	1,7	0,9	
2006 ggü. 1996	29,6	11,5	29,5	40,2	-1,8	30,1	22,3	42,5	19,9	

Tab. 3

Wie die Anteile der einzelnen Wirtschaftssektoren an der insgesamt erzielten Bruttowertschöpfung zu erkennen geben, hat sich in den Jahrzehnten seit 1970 allgemein ein nachhaltiger Strukturwandel vollzogen. Der Dienstleistungssektor, der allerdings zu Beginn dieses Zeitraums sowohl in Bayern, als auch in ganz Deutschland schon knapp die Hälfte der Wirtschaftsleistung erbrachte, erhöhte seine Bedeutung weiter und kam im Jahr 2006 bereits auf einen Anteil von 67,7% bzw. 69,1% (in jeweiligen Preisen). Aus der Land- und Forstwirtschaft entstammen inzwischen nur noch 1,1 bzw. 1,0% der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, nach 5,2 bzw. 3,3% im Jahr 1970. Besonders deutlich verringert hat sich jedoch die Bedeutung des Produzierenden Gewerbes, dessen Beitrag in Bayern von 47,3 auf 31,2% und in Deutschland insgesamt von 48,3 auf 29,9% zurückging. Dennoch scheint angesichts der jüngsten Daten der Prozess der Tertiarisierung zumindest vorübergehend zum Stillstand gekommen zu sein, denn seit drei Jahren in Folge hat das Produzierende Gewerbe deutlich höhere Leistungszuwächse zu verzeichnen als der Dienstleistungssektor. Von 2003 bis 2006 hatte das Verarbeitende Gewerbe in Bayern preisbereinigt einen Wertschöpfungszuwachs

von 16,9% zu verzeichnen, während der Dienstleistungssektor insgesamt nur auf ein Plus von 3,9% kam. Deutschlandweit sind die jüngsten Zuwachsraten der Bruttowertschöpfung mit 12,7 gegenüber 3,7% von einer ähnlichen Divergenz geprägt.

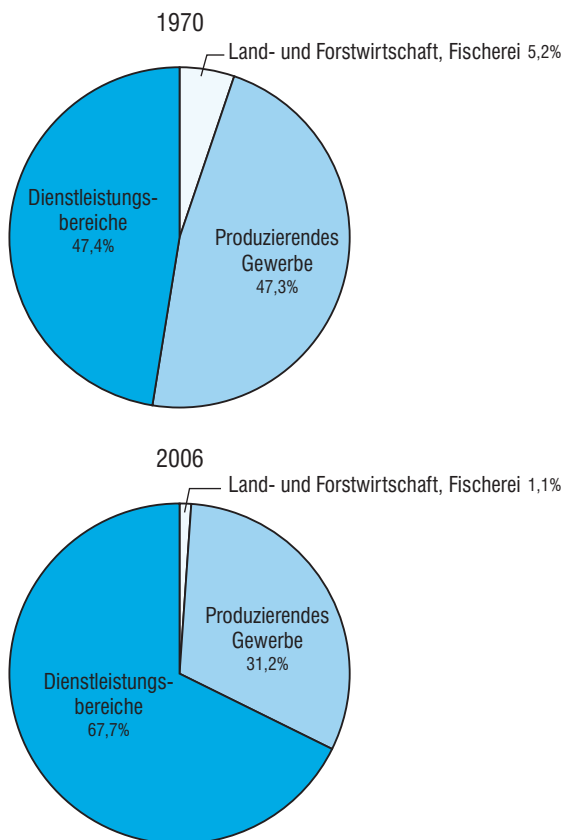
Arbeitnehmerentgelt und Bruttolöhne

Das zumindest aus Arbeitnehmersicht zentrale Ergebnis im wirtschaftlichen Leistungsprozess stellt das daraus erzielte Einkommen dar, welches als Aggregat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Bezeichnung „Arbeitnehmerentgelt“ trägt. Dieses setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern aller Arbeitnehmer in einer bestimmten Region und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, schließt somit also alle lohnbezogenen Abgaben, wie direkte Steuern und Sozialbeiträge (auch die der Arbeitnehmer) mit ein. Der Begriff Arbeitnehmerentgelt, der im Zuge der Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG '95) eingeführt wurde, deckt sich inhaltlich mit der früheren Bezeichnung „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ und entspricht im Wesentlichen dem Begriff der „Lohnkosten“.

Das Arbeitnehmerentgelt erreichte in Bayern im Jahr 2006 einen Gesamtbetrag von 193,1 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer damit um 1,9% bzw. um 1,0%, wenn man es als „Pro-Kopf-Größe“ auf die gestiegene Zahl der Arbeitnehmer umrechnet. Es blieb damit jeweils um 0,9 Prozentpunkte hinter der Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück. Im Vergleich zu 1996 lag das gesamte Arbeitnehmerentgelt (aller Arbeitnehmer zusammen) im Jahr 2006 um 21,8% höher. Betrachtet man den Durchschnittsbetrag je Arbeitnehmer, so beschränkte sich der Anstieg auf 13,7%. Das nominale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich seit 1996 mit 31,5% deutlich stärker als die gesamten Lohnkosten.

Setzt man vom Arbeitnehmerentgelt die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung ab, so erhält man die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer. Diese erhöhten sich in Bayern im vergangenen Jahr in der Summe um 2,0%. Im Zeitraum 1996 bis 2006 erreichte ihr Anstieg insgesamt 21,6%. Je Arbeitnehmer errechnet sich im vergangenen Jahr ein Zuwachs von 1,1%, seit 1996 belief sich der vergleichbare Bruttolohnzuwachs im Freistaat im Durchschnitt auf 13,5%.

Abb. 2 Die Wirtschaftsstruktur in Bayern 1970 und 2006



Arbeitnehmerentgelt, Bruttolohn- und -gehaltssumme und Lohnstückkosten in Bayern

Jahr	Arbeitnehmerentgelt ¹ (Arbeitskosten)		Bruttolöhne und -gehälter (Verdienst)				Lohn- stück- kosten ²	nachrichtlich:
	ins- gesamt	je Arbeit- nehmer	ins- gesamt	je Arbeitnehmer		Ver- braucher- preis- index		
				nominal			real	
	Mill. €	€	Mill. €	€	2000 = 100			
1996	158 489	30 432	128 498	24 674	95,3	100,1	103,0	95,2
2000	178 560	32 224	143 507	25 899	100,0	100,0	100,0	100,0
2005	189 528	34 258	153 186	27 689	106,9	97,6	99,4	109,5
2006	193 087	34 597	156 239	27 995	108,1	96,7	98,5	111,8
Veränderung in %								
2006 ggü. 2005	1,9	1,0	2,0	1,1	1,1	- 1,0	- 0,9	2,1
2006 ggü. 1996	21,8	13,7	21,6	13,5	13,5	- 3,4	- 4,3	17,4

Tab. 4

1 Das Arbeitnehmerentgelt umfasst neben den Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

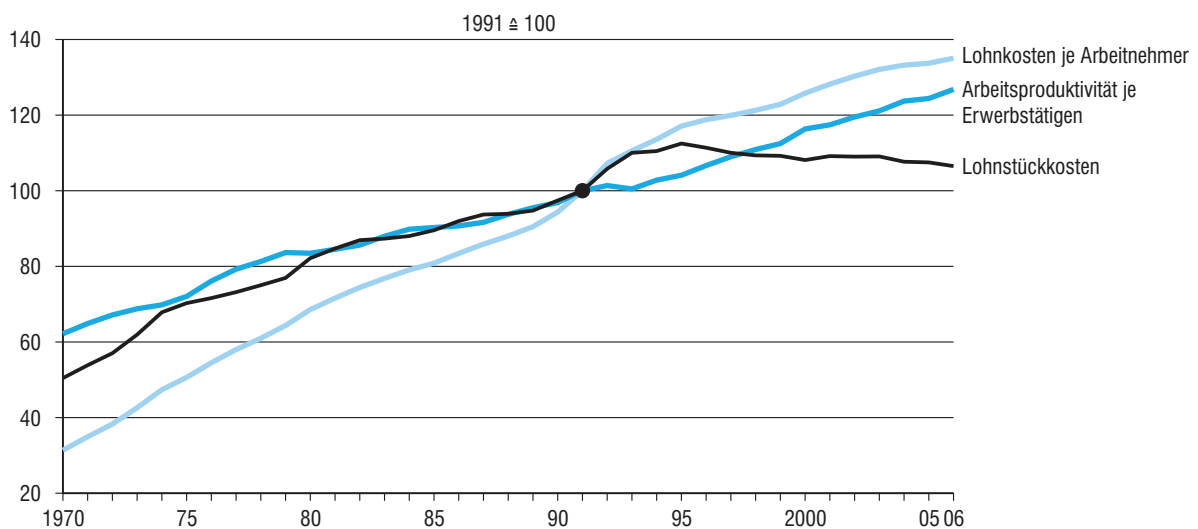
2 Die Lohnstückkosten sind definiert als Relation der Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, oder, anders ausgedrückt, als Verhältnis des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Reallöhne und Lohnstückkosten in Bayern weiterhin rückläufig

Die positive Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter wird einerseits durch die sehr viel stärker gestiegene Arbeitsproduktivität und andererseits durch den Anstieg der Verbraucherpreise nachhaltig relativiert. Seit etwa einem Jahrzehnt zeigt sich nämlich eine deutliche Diskrepanz in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität einerseits und der realen Bruttoverdienste andererseits. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen erhöhte sich in Bayern von 1996 bis 2006 preisbereinigt um 18,9%, während die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer – ebenfalls preisbereinigt – um 3,4% zurückgingen. Bei Betrachtung zu jeweiligen Preisen (nominal)

wuchs die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen um 22,7%, der durchschnittliche Bruttoverdienst eines Arbeitnehmers dagegen nur um 13,5%. Der Preisindex für die allgemeine Lebenshaltung, in dem sich gemeinhin aus Konsumentensicht die Verteuerung von Waren und Dienstleistungen manifestiert, stieg währenddessen um 17,4%. Die Lohnstückkosten, welche definiert sind als Proportion des nominalen Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen sind in den letzten zehn Jahren spürbar gesunken. Im Jahr 2006 lagen sie erneut um 0,9% niedriger als im Vorjahr und inzwischen bereits um 4,3% unter dem Niveau von 1996.

Abb. 3 Lohnkosten, Arbeitsproduktivität und Lohnstückkosten in Bayern



Einkommen der privaten Haushalte Bayerns

Angaben über die Verteilung und Umverteilung sowie Verwendung des Inlandsprodukts liegen für die einzelnen Bundesländer immer erst etwa ein Jahr später vor als Daten zur Produktion bzw. Entstehung des Inlandsprodukts. Im Vordergrund des Interesses stehen hierbei im Allgemeinen die Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte, und dazu liegen inzwischen Länderergebnisse bis 2005 vor. Anders als die Angaben zu Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung und (geleistetem) Arbeitnehmerentgelt, sind die „Haushaltseinkommen“ wohnortbezogen zu verstehen.⁴

Die Einkommenskomponenten können also sowohl arbeitsortbezogen, als auch wohnortbezogen dargestellt werden. Z.B. erreichte das Arbeitnehmerentgelt im Jahr 2005

in Bayern/an bayerischen Arbeitsstätten
erzielte Arbeitnehmerentgelt: 189,5 Milliarden Euro,
in Bayern/an die bayerische Bevölkerung
verteilte Arbeitnehmerentgelt: 188,3 Milliarden Euro.

Entsprechendes gilt auch für den in Bayern erzielten Betriebsüberschuss (soweit er entnommen wird) und die Selbstständigeneinkommen. Auch hierbei unterscheidet sich das an die bayerische Bevölkerung verteilte von dem in Bayern entstandenen Gesamtvolumen.

Neben dem Arbeitnehmerentgelt von 188,3 Milliarden Euro (+ 0,4 % ggü. dem Vorjahr) flossen 2005 an die bayerischen Privathaushalte 36,4 Milliarden Euro an Betriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen (-0,7 %) sowie 65,9 Milliarden Euro an Vermögenseinkommen (+7,7 %). Den empfan-

genen Vermögenseinkommen standen allerdings 10,6 Milliarden Euro (-5,1 %) an geleisteten Vermögens-„Einkommen“ gegenüber, wobei es sich insbesondere um Kreditzinsen und Pachten handelt. Die von privaten Haushalten empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen saldierten sich 2005 auf 55,2 Milliarden Euro (+10,6 %).

Insgesamt erzielten die privaten Haushalte in Bayern im Jahr 2005 ein Brutto- oder Primäreinkommen in Höhe von 279,9 Milliarden Euro. Das waren 5,7 Milliarden Euro oder 2,1 % mehr als im Vorjahr und 53,7 Milliarden Euro oder 23,7 % mehr als 1995. Langfristig am stärksten zugenommen haben die empfangenen Vermögenseinkommen mit 39,0 %, wobei die geleisteten Vermögenseinkommen gleichzeitig um 23,2 % zurückgingen. Der Saldo aus geleisteten und empfangenen Einkommen erhöhte sich somit um 64,7 %. Das Arbeitnehmerentgelt nahm demgegenüber mit 19,7 % unterproportional zu, Betriebsüberschuss und Selbstständigeneinkommen wiesen in den letzten zehn Jahren nur geringe Schwankungen auf; sie waren 2005 um 2,8 % höher als 1995.

Einkommensumverteilung schwächt sich wieder leicht ab

Über den Zehnjahreszeitraum von 1995 bis 2005 hinweg betrachtet hat sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Bayerns mit 26,8 % etwas stärker entwickelt als deren Primäreinkommen (23,7 %). Dabei haben sich die Umverteilungsaktivitäten etwas ausgeweitet. Insbesondere die an die

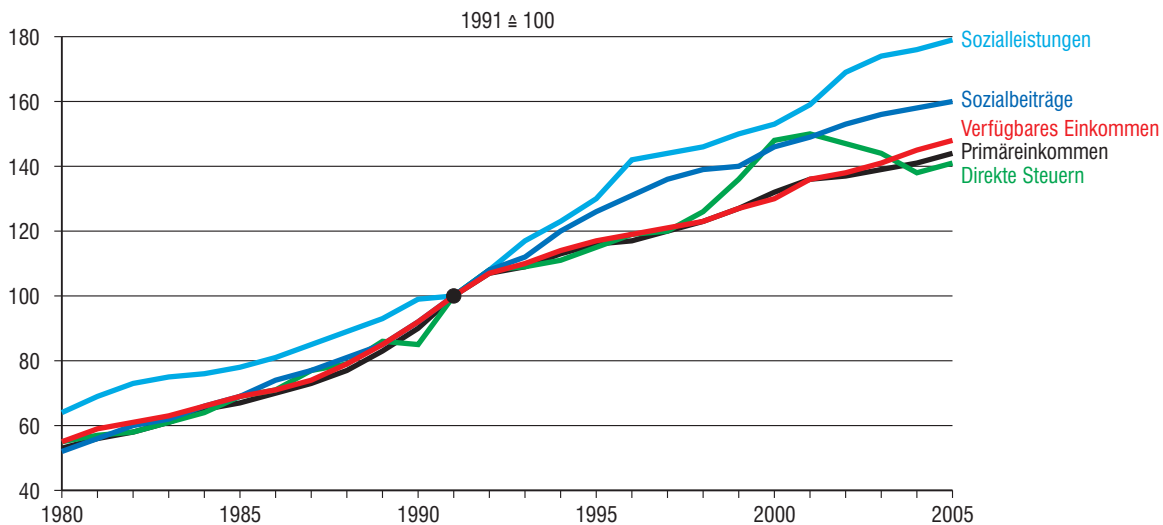
⁴ Man unterscheidet in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zwischen Inlands- und Inländerkonzept. Ersteres gilt vor allem für die Entstehung der Wirtschaftsleistung, aber auch der Einkommen, deren regionale Abgrenzung sich am Arbeits- bzw. Produktionsort orientiert. Beim Inländerkonzept richtet sich die räumliche Zuordnung der monetären Ströme bzw. Transaktionen nach dem Wohnort der Akteure. Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang unter anderem die Pendlerverflechtung über regionale Grenzen (hier z.B. Ländergrenzen) hinweg.

Einkommen der privaten Haushalte in Bayern

Tab. 5

Einkommensart	Einheit	1995	2000	2004	2005	Veränderung 2005 in % ggü.	
						2004	1995
Arbeitnehmerentgelt	Mill. €	157 287	177 200	187 573	188 250	0,4	19,7
Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen	Mill. €	35 415	35 203	36 668	36 410	- 0,7	2,8
Empfangene Vermögenseinkommen (+)	Mill. €	47 377	58 668	61 158	65 862	7,7	39,0
Geleistete Vermögenseinkommen (-)	Mill. €	13 848	14 478	11 209	10 640	- 5,1	-23,2
Saldo Vermögenseinkommen	Mill. €	33 529	44 189	49 949	55 222	10,6	64,7
Primäreinkommen	Mill. €	226 231	256 593	274 190	279 881	2,1	23,7
Empfangene monetäre Sozialleistungen	Mill. €	46 285	54 317	62 584	63 614	1,6	37,4
darunter für:							
Alters- und Hinterbliebenenversorgung	Mill. €	28 396	33 263	38 110	38 324	0,6	35,0
Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe	Mill. €	6 152	6 097	8 967	10 137	13,1	64,8
Empfangene sonstige laufende Transfers	Mill. €	8 417	9 692	10 637	10 953	3,0	30,1
Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	Mill. €	29 388	38 043	35 271	36 249	2,8	23,3
Geleistete Sozialbeiträge	Mill. €	57 587	66 263	71 842	72 902	1,5	26,6
Geleistete sonstige laufende Transfers	Mill. €	9 480	10 256	11 381	11 441	0,5	20,7
	Mill. €	184 477	206 039	228 917	233 857	2,2	26,8
Verfügbares Einkommen	€ je Einwohner	15 432	16 906	18 418	18 775	1,9	21,7

Abb. 4 Die Einkommen und Umverteilungstransaktionen* der privaten Haushalte in Bayern 1980 bis 2005



*Die Angaben zu den Umverteilungstransaktionen 1980 bis 1990 beruhen auf Berechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung

Haushalte geflossenen Sozialleistungen (bzw. die so genannten Sekundäreinkommen) haben mit 37,4% deutlich stärker zugenommen als die Primäreinkommen. Auf der anderen Seite sind aber auch die Sozialbeiträge mit 26,6% überproportional zu den Primäreinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt, aus dem sie letztlich berechnet werden, angestiegen. Dieses Bild hat sich in den letzten beiden Berichtsjahren etwas gewandelt. 2004 und auch 2005 blieben sowohl Sozialleistungen als auch (die im Grunde zu ihrer Finanzierung dienenden) Sozialbeiträge in ihrer Entwicklung um jeweils etwa ½ Prozentpunkt hinter den Primäreinkommen zurück. Die Einkommen- und Vermögensteuern waren über drei Jahre hinweg sogar rückläufig, 2005 stiegen sie allerdings wieder etwas an. Alles in allem deutet vieles darauf hin, dass die insbesondere in den 90er Jahren stark ausgeweiteten Umverteilungsaktivitäten des Staates und vor allem der Sozialversicherungssysteme inzwischen nachhaltig eingedämmt wurden.

Das verfügbare Einkommen der bayerischen Bevölkerung erreichte im Jahr 2005 insgesamt 233,9 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr einem Plus von 2,2% und gegenüber 1995 einer Zunahme von 26,8% entspricht. Den knapp 12,5 Millionen Einwohnern des Freistaats standen im Durchschnitt 18775 Euro für Konsum oder Ersparnisbildung zur Verfügung, 358 Euro bzw. 1,9% mehr als im Vorjahr und 21,7% mehr als 1995. Bei einer Inflationsrate von 2,2% blieb die Kaufkraft der gesamten Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr unverändert, je Einwohner hat sie sich jedoch leicht vermindert (-0,3%).

Seit 1995 hat sich das um die Preisentwicklung bereinigte verfügbare Pro-Kopf-Einkommen um 4,4% erhöht; die reale Kaufkraft der gesamten nach wie vor im Wachsen begriffenen bayerischen Bevölkerung war mit 8,8% doppelt so stark.

Konsumausgaben und Sparverhalten

Die Entwicklung der privaten Konsumausgaben blieb im vergangenen Jahr mit einem Plus von insgesamt 1,9% geringfügig hinter der Zunahme des verfügbaren Einkommens von 2,2% zurück. Im Zehnjahreszeitraum 1995/2005 sind sie mit 27,4% etwa proportional zum verfügbaren Einkommen (26,8%) angestiegen. Damit hat sich die Konsumquote, das ist der Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Einkommen, leicht von 89,1% auf 89,6% erhöht. Die Sparquote der bayerischen Bevölkerung ging gleichzeitig geringfügig zurück, nämlich von 11,8 auf 11,6%.⁵

Die obigen Ausführungen zum verfügbaren Einkommen und zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte beziehen sich auf Daten, die nach dem so genannten „Ausgabenkonzept“ abgegrenzt sind. Dabei steht der die monetäre Transaktion unmittelbar Auslösende, der „Endzahler“, im Blickfeld, nicht derjenige, dem die Transaktion letztlich zu Gute kommt.

⁵ Bei der Ermittlung des Sparvolumens und der Sparquote ist nach den Buchungsvorschriften des ESVG 1995 auch die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche zu berücksichtigen. Damit addieren sich Konsumausgaben und Sparvolumen nicht exakt zum verfügbaren Einkommen auf, sondern ergänzen sich zu einer definitorisch etwas über dieses geläufige Einkommensaggregat hinaus reichenden Bezugsgröße rein formalen Charakters.

Konsum und Ersparnis der privaten Haushalte in Bayern

Tab. 6

Merkmal	Einheit	1995	2000	2004	2005	Veränderung 2005 in % ggü.	
						2004	1995
Konsumausgaben	Mill. €	164 456	187 437	205 706	209 571	1,9	27,4
	€ je Einwohner	13 757	15 379	16 550	16 826	1,7	22,3
Ersparnis	Mill. €	22 000	21 263	26 589	27 492	3,4	25,0
	€ je Einwohner	1 840	1 745	2 139	2 207	3,2	20,0
Sparquote	%	11,8	10,2	11,4	11,6	.	.

Auf diesen Sachverhalt zielt im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG `95) ein so genanntes „Verbrauchskonzept“, welches neben den reinen „Geldausgaben“ der privaten Haushalte z.B. auch wichtige, vom Staat bezahlte, für die privaten Haushalte jedoch ganz oder partiell unentgeltlich oder zur Verfügung gestellte (soziale) Sachtransfers einschließt. Dabei handelt es sich z.B. um Arztleistungen, Krankenhausleistungen, Medikamente sowie Heil- und Hilfsmittel, deren Kosten (monetär) von den Sozialversicherungssystemen übernommen oder erstattet werden. Weiterhin zählen hierzu auch bestimmte, individuell zurechenbare, aber für den Einzelnen unentgeltlich zur Verfügung stehende Sachleistungen, wie die Leistungen des Unterrichtswesens (Schulen, Hochschulen), des Gesundheitswesens oder der sozialen Sicherung. Unter Berücksichtigung derartiger „geldwerter“ Sachleistungen im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept erhöhte sich naturgemäß auch dessen Niveau spürbar – bundesweit im Jahr 2005 um 246,8 Milliarden Euro bzw. 16,9%. Korrespondierend dazu wäre na-

türlich auch die Höhe des „Privaten Verbrauchs“ nach dem Verbrauchs- oder Nutzerkonzept deutlich höher anzusetzen.

Einkommen und Verbrauch des Staates würden sich gemäß dem Verbrauchskonzept natürlich in gleichem Umfang vermindern, und zwar um 67,7% (verfügbares Einkommen) bzw. 58,8% (Konsum), also auf viel weniger als die Hälfte des gemäß Ausgabenkonzept bestimmten Betrags. Aufgrund von Zurechnungsproblemen und unzureichender Daten ist eine regionale Zuordnung all der geleisteten und empfangenen Sachtransfers nach Bundesländern derzeit allerdings nicht möglich. So müssen sich hier die Untersuchungen zum verfügbaren Einkommen und zum Konsum der privaten Haushalte auf das Ausgabenkonzept beschränken. Klar zu konstatieren ist jedoch, dass die Konsumausgaben des Staates grundsätzlich in hohem Maße dem Verbrauch und der Nutzung durch private Haushalte dienen, deren Konsum damit möglicherweise sehr viel weiter gesehen werden kann als dies in Gestalt ihrer eigenen Konsumausgaben zum Ausdruck kommen mag.